

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Netzwerk Frauengesundheit Berlin
c/o pro familia LV Berlin e. V.
frauengesundheit-berlin-netzwerk@gmx.de
Kalckreuthstr. 4
10777 Berlin

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer
Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60
sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 11. März 2021

Betr. Wahlprüfstein Netzwerk Frauengesundheit Berlin

Sehr geehrte Frau Dr. Begenau, Frau Schreiber und Frau Schroeder,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins des Netzwerks Frauengesundheit Berlin. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. „Reproduktive Gesundheit“

1.1. Schutz von schwangeren Frauen/ Einrichtung von Schutzzonen (bzw. Sichtabstandswahrung) vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Die LINKE. Berlin weiß von den zunehmenden bundesweiten Belagerungen von religiösen Fundamentalist:innen vor Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen, Kliniken und ärztlichen Praxen. Nach unserem Wissen gab es bis jetzt noch keine dieser „Mahnwachen“ in Berlin. Die Methode, Frauen moralisch unter Druck zu setzen und sie öffentlich anzuprangern, verstößt unserer Meinung nach gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen sowie gegen die gesetzlichen Schutzbestimmungen des Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetzes (SchKG), welche Frauen sowohl eine anonyme als auch vollständig ergebnisoffene Beratung zusichern. Auch wir sind der Auffassung, dass keine dieser Kundgebungen im unmittelbaren Umfeld vor Beratungsstellen, Kliniken und Arztpraxen stattfinden dürfen. Da es in der Vergangenheit jedoch noch keinen dieser Vorfälle in Berlin gab, streben wir momentan keine diesbezügliche Änderung des Versammlungsrechtes an, sondern setzen auf die Einzelfallentscheidung der Versammlungsbehörden. DIE LINKE. Berlin setzt sich für die Sensibilisierung der Versammlungsbehörden, keine Kundgebungen an diesen Orten zu gestatten, ein. Sollte es zukünftig verstärkt zu Kundgebung von Abtreibungsgegner:innen kommen, wird die Frage neu diskutiert. Wir sehen das Land Berlin in der Pflicht, die Verantwortung dafür zu tragen, einen sicheren, störungsfreien und anonymen Zugang zu Beratungsstellen und Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge sicherzustellen.

1.2. Regelung der §§ 218/219 außerhalb des Strafgesetzbuches

DIE LINKE. Berlin teilt die Empfehlung des Netzwerkes Frauengesundheit.

Im Wahlprogrammewurf 2021 heißt es dazu: „Wir setzen uns für die bedingungslose Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a ein. Dazu werden wir in der kommenden Legislatur eine Bundesratsinitiative zur Streichung dieser Paragrafen einbringen. In Berlin drängen wir auf eine transparente Vergabe der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Interessengeleitete Beratungsstellen ohne staatliche Anerkennung und ohne die Möglichkeit, Beratungsscheine auszustellen, müssen dies explizit auf ihren Angebotsseiten kenntlich machen. So ermöglichen wir Schwangeren wirklich ergebnisoffene Beratungen und die bestmögliche Unterstützung, die sie in diesen Wochen brauchen.“

1.3. Angebot für kostenfreie Verhütungsmittel für Frauen mit geringen Einkommen ausbauen

Wir unterstützen diese Forderung ausdrücklich. Verhütung darf keine Frage des Geldes sein, eine selbstbestimmte Familienplanung muss allen Menschen möglich sein. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE dafür ein, die Kostenübernahme von Notfallkontrazeptiva sowie von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln und operativen Eingriffen zur Empfängnisverhütung ohne Alters- und Indikationseinschränkung durch die gesetzliche Krankenkasse (GKV) und die Schaffung eines monatlichen Budgets für die Versicherten, aus dem die Kosten für nicht verschreibungspflichtige Verhütungsmittel (z. B. die symptothermale Methode und Kondome) erstattet werden (vgl. Antrag „Verhütungsmittel kostenfrei zur Verfügung stellen“, Drs. 19/2699). Auf Landesebene werden wir die Empfehlung des Netzwerkes unterstützen, das Berliner Angebot für kostenfreie Verhütungsmittel öffentlichkeitswirksam bekannter zu machen.

1.4. Verbesserte Versorgung rund um die Geburt

Wir unterstützen die Forderungen, insbesondere nach einer 1:1 Betreuung während der Geburt, Vernetzung zwischen klinischer und ambulanter Versorgung, intra- und interdisziplinärer Zusammenarbeit und hebammengeleiteten Einrichtungen in direkter Anbindung an klinische Strukturen.

Wir erwarten, dass die Umsetzung des Aktionsprogramms für Geburtshilfe in Berlin, das aus dem Austausch im Rahmen des Runden Tisches „Geburtshilfe“, hervorgegangen ist, von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung vollständig umgesetzt wird. In den kommenden Haushaltsverhandlungen werden wir uns für eine Weiterführung der mit uns in dieser Legislaturperiode eingeleiteten Trendwende in der Krankenhausfinanzierung einsetzen. DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene für ein am Patientenwohl statt an Erlösen orientiertes Krankenhausfinanzierungssystem und die gesetzliche Verankerung von Personalvorgaben in den Krankenhäusern ein, um eine gute Versorgung in allen Bereichen zu gewährleisten (Drs. 19/26168).

Im Wahlprogrammewurf 2021 heißt es weiter:

„Die Versorgung von Schwangeren und nach der Geburt mit Hebammenleistungen muss wohnortnah gesichert sein. Die Wahlfreiheit beim Geburtsort, also die freie Entscheidung von Gebärenden, wo und

wie sie ihr Kind zur Welt bringen, ist für uns selbstverständlich. Die stetig steigende Nachfrage nach außerklinischen Geburten und deren dazugehöriger 1:1 Betreuung zeigt deutlich, dass Geburtshäuser stärker unterstützt werden müssen. Wir wollen mit den Hebammen und Geburtshäusern geeignete Konzepte finden, um dies zu verwirklichen. Ein Mittel könnte der Zuschuss zu Gewerbemieten oder die Bereitstellung von öffentlichen Gewerberäumen darstellen. Die Familienhebammen und die Angebote der Frühen Hilfen wollen wir in allen Bezirken weiter stärken. Die Ausbildungskapazitäten für Hebammen und die Übersetzungsangebote für nicht muttersprachlich-deutsche Gebärende und deren Hebammen werden wir fördern.“

2. „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“

Medizinische Versorgung nach sexualisierter Gewalt

Seit September 2020 existiert eine Personalstelle bei der Senatsverwaltung Gesundheit, Pflege, Gleichstellung zur Koordinierung und Umsetzung der Istanbul-Konvention. Für diese koordinierende Schnittstelle hat sich DIE LINKE. Berlin in besonderem Maße eingesetzt. Darüber hinaus haben wir den Antrag Istanbul-Konvention umsetzen: Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt verhüten und bekämpfen (Drs.18/2534) maßgeblich vorangetragen und fordern von der Senatsverwaltung einen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention sowie die Verknüpfung der Integrierten Maßnahmenplanung und den WHO-Leitlinien. Wir unterstützen die Forderung des Netzwerkes, die Vorgaben der Istanbul-Konvention auch im Gesundheitsbereich bekannter zu machen und dafür gezielte öffentlichkeitswirksame Kampagnen anzustoßen. Der Stelle stehen 15.000 Euro Sachkosten zur Verfügung. Wir befürworten die Bekanntmachung der Istanbul-Konvention im Gesundheitsbereich.

Darüber hinaus folgt DIE LINKE. Berlin der Empfehlung des Netzwerkes, sich für eine gute Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne Krankenversicherung oder mit Beitragsschulden sowie Geflüchtete einzusetzen. In Berlin und Thüringen gibt es bereits unter linker Regierungsbeteiligung einen anonymen Krankenschein, wodurch Menschen ohne Krankenversicherung einen Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten. Grundsätzlich muss das Ziel in der Überführung in die Strukturen des Regelsystems bestehen.

Sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ist die Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Sprachmittlung nach wie vor eine Herausforderung. Mit dem Gemeindedolmetscher-Dienst haben wir in der Vergangenheit ein Angebot geschaffen und fortlaufend neben weiteren Projekten im Bereich der Sprachmittlung gefördert und ausgebaut. Wir werden uns auch zukünftig für einen weiteren Ausbau bedarfsgerechter Sprachmittlungsangebote einsetzen, wobei wir eine gesamtstädtische, zentrale Struktur für Sprachmittlung schaffen wollen, die über das Regelsystem abgesichert ist.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Sprachkompetenz bei den Zulassungen von Psychotherapeut:innen- und Psychiater:innensitzen in bestimmten Sozialräumen entsprechend den bestehenden sprachlichen Bedarfen berücksichtigt wird.

Auf Bundesebene hat DIE LINKE einen Antrag (Drs. 19/17543) eingebracht, in dem es heißt: Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen „ausreichenden Zugang zu Dolmetscherdiensten und die Übernahme der daraus entstehenden Kosten insbesondere bei psychischen Erkrankungen sicherzustellen“.

In unserem Wahlprogrammewurf 2021 heißt es dazu: „Geflüchtete, illegalisierte oder obdachlose Menschen - ohne Papiere oder mit unsicheren Aufenthaltsstatus, leben in ständiger Angst vor Ausweiskontrollen und haben kaum Zugang zu städtischen Ressourcen. Nach Vorbild der NY City ID oder Zürich ID streben wir einen städtischen Ausweis für alle in Berlin wohnenden Menschen an. Damit erhalten alle den gleichen Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheitsversorgung, Nahverkehr und Wohnraum - unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Herkunft. DIE LINKE. Berlin steht für eine tolerante und vielfältige Stadt und möchte die Lebenssituation und Teilhabe am Stadtleben von Illegalisierten verbessern. Außerdem setzen wir uns gegenüber der Bundesregierung für Legalisierungsprogramme ein“.

Weiterführend haben wir die Berliner Gewaltschutzambulanz im letzten Haushalt um knapp 200.000 Euro gestärkt. Wir wissen um die Notwendigkeit einer langfristigen und dauerhaften Finanzierung, damit unbefristete Arbeitsverträge an das Fachpersonal ausgestellt werden können. Im Antrag Maßnahmen gegen häusliche Gewalt ausbauen, Opferhilfe stärken (Drs. 18/3306), gehen wir auf diesen Fachkräftemangel ein, der dafür verantwortlich ist, dass eine 24/7-Öffnungszeit aktuell nicht realisierbar ist. Erklärtes Ziel der LINKEN. Berlin ist es, eine hochwertige rechtsmedizinische Begutachtung und Dokumentation für Berliner:innen rund um die Uhr sicherzustellen.

Die Ausbildung im Bereich Pflege hat in dieser Legislaturperiode eine grundlegende Reform erfahren, deren Umsetzung von uns intensiv begleitet wurde. Die Ausgestaltung und ersten Erfahrungen mit den Curricula werden wir zukünftig beobachten. Im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention werden wir uns auch für eine stärkere Berücksichtigung der Thematik im Rahmen von Ausbildungs- und Weiterbildungsangeboten in den verschiedenen Gesundheitsberufen einsetzen.

Der Handlungsbedarf in Bezug auf die Förderung von ganzheitlichen und multiprofessionellen Versorgungsansätzen ist uns mit Blick auf viele Versorgungsbereiche bewusst und wir werden uns auch zukünftig für die Förderung von bestehenden Angeboten und weiteren Modellprojekten stark machen.

3. Migration und Frauengesundheit

Die LINKE. Berlin teilt die Empfehlungen des Netzwerkes und setzt sich für eine gesamtstädtische, zentrale Struktur für Sprachmittlung ein, die über das Regelsystem abgesichert ist. In unserem Wahlprogrammewurf heißt es dazu: „Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Übernahme der Kosten von Dolmetscher:innenleistungen im Rahmen medizinischer Leistungserbringung gesetzlich verankert wird“. Detaillierte Angaben zur Bundesforderung der Linkspartei finden sich im

Antrag „Gute Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne Krankenversicherung oder mit Beitragsschulden und Geflüchtete“ (Drs. 19/17543).

Mit dem vergangenen Doppelhaushalt haben wir uns für die Förderung von Projekten stark gemacht, die Menschen bei der Überwindung von Zugangsbarrieren zum Regelversorgungssystem unterstützen und eine kultursensible Versorgung fördern. Auch zukünftig werden wir diesem Thema und den entsprechenden Projekten einen hohen Stellenwert zukommen lassen.

4. Frauen mit Behinderung/ chronische Erkrankungen

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hat uns gegenüber erklärt, dass der vereinbarte (Spezial-)Bericht zur Lebens- und Gesundheitssituation von Frauen mit Behinderung noch in dieser Legislatur vorgelegt wird. DIE LINKE. Berlin besteht auf diesen Bericht und wird diesen Veröffentlichungsprozess eng begleiten.

In Bezug auf den Mangel an barrierefreie Praxen in Berlin erwarten wir, dass die Kassenärztliche Vereinigung ihrem Sicherstellungsauftrag gerecht wird. Das bedeutet eine ausreichende Versorgungsstruktur für alle Versicherten. Dazu muss auch das Kriterium der Barrierefreiheit einen anderen Stellenwert erfahren. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass den Bezirken bei der Verteilung von Kassenarztsitzen ein Mitspracherecht zukommt, wodurch die realen bezirklichen Bedarfe bei der Zulassung noch einmal stärker berücksichtigt werden können. Die Forderung eines Anreizsystems werden wir berücksichtigen, da es zusätzlich förderlich sein kann.

Grundsätzlich ist Erfassung des Status quo und eine entsprechende Bedarfsermittlung ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Versorgungs- und Angebotsstruktur. Wir unterstützen die Forderung nach einem Forschungsbericht zur Lebens- und Gesundheitssituation von Frauen mit Behinderung.

5. Frauen und Sucht

Die LINKE. Berlin setzt für eine bessere Vergütung der Träger in der Eingliederungshilfe ein. Wir favorisieren ein Vergütungsmodell, dass sich „Trägerbudget“ nennt. In unserem Entwurf zum Wahlprogramm heißt es dazu: „Wir wollen die Vergütung der Träger der Eingliederungshilfe reformieren und nach dem Beispiel Hamburgs Trägerbudgets einführen, um die Angebote der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zu flexibilisieren und deren Teilhabe zu verbessern. Anstatt jeden einzelnen Fall bzw. jede einzelne Fachleistung minutengenau abzurechnen, soll künftig durch die Träger ein Betrag über alle Leistungen der Eingliederungshilfe abgerechnet werden. Das soll die Arbeit der Träger erleichtern und ihnen ermöglichen, neue und kreative Assistenzformen zu erproben.“

Darüber hinaus verfolgen wir das Ziel, Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin bis 2030 zu überwinden. Unsere Strategie lautet: alten Wohnraum bezahlbar halten, preiswerten neuen bauen, Zwangsräumungen verhindern und landeseigenen Wohnraum durch Rückkauf vergrößern. Denn bezahlbarer Wohnraum ist der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass der „Housing-First“-Ansatz der richtige Weg in ein gesichertes selbstbestimmtes Leben ohne Obdachlosigkeit ist. Frauen trifft ein Leben auf der Straße mit größeren Härten. Für von Wohnungslosigkeit betroffene Frauen mit multipler Problemlage gibt es eigene „Housing-First“-

Angebote, die gleichzeitig Beratungsangebote enthalten. Bis heute sind 30 Frauen in eigenen Wohnraum vermittelt worden. Dieses Angebot gilt es weiter zu stärken und auszubauen.

DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen langzeiterwerbsarbeitslos sind, in öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse auf freiwilliger Basis einzugliedern. Mit dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen sozialversicherungspflichtige und den gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreitende Arbeitsplätze geschaffen werden. Von dieser Arbeitsmarktpolitik würden auch Frauen mit multiplen Problemlagen etc. profitieren und könnten gesellschaftliche Teilhabe sowie Absicherung erfahren.

Besonders im Rahmen der Corona-Pandemie haben sich die Herausforderungen auch im Bereich der Suchthilfe noch einmal verschärft. Das muss auch bei der zukünftigen Ausgestaltung der Angebotslandschaft mitberücksichtigt werden. Wir werden uns daher dafür stark machen, hier einen Ausbau voranzubringen.

6. Psychische Gesundheit

DIE LINKE. Berlin unterstützt auch weiterhin den Ausbau eines bedarfsgerechten, geschlechtersensiblen Beratungs- und Behandlungsangebots für Frauen mit psychischen Erkrankungen und die Bereitstellung zielgruppenspezifischer Gesundheitsinformationen.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch